

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 102 (2022)  
**Heft:** 1094  
  
**Rubrik:** Markt und Moneten ; Politik für Zyniker

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## MARKT UND MONETEN

## DIE AHV IM FINANZLOCH



Eine Person, die bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 pensioniert wurde, lebte durchschnittlich noch etwa 12 Jahre. Heute liegt diese zusätzliche Lebenserwartung bei etwa 24 Jahren. Zudem ist heute die AHV-Rente real etwa viermal höher als bei

ihrer Einführung. 1948 finanzierten etwa sechs Erwerbstätige einen Rentner im Umlageverfahren, heute sind es noch etwa drei.

Diese demografische Entwicklung schlägt sich direkt in der AHV-Rechnung nieder. Für 2030 erwartet man ein Defizit von 7 Milliarden Franken, für 2045 ein solches von 15 Milliarden. Wie schlecht es um die AHV wirklich steht, zeigt eine Aufsummierung der erwarteten Beiträge und Renten aller heute lebenden Personen. Gemäss dieser Rechnung klafft in der AHV ein Finanzloch in der Grössenordnung von 1000 Milliarden Franken. Diese implizite AHV-Schuld wälzt man zurzeit einfach auf die kommenden Generationen ab. Wollte man sie rasch abbauen, müsste man 25 Jahre lang auf die Auszahlung von Renten verzichten. Das entspricht einer ganzen Generation, die weiterhin Beiträge einzahlt, aber keine AHV-Renten erhält.

Es gibt fünf Stellschrauben, um das Problem zu entschärfen: Beiträge erhöhen, Renten senken, Steuern erhöhen, länger arbeiten und eine schneller wachsende Wirtschaft. Unternimmt man nichts, muss die AHV, also der Bund, die Deckungslücke mit Schulden finanzieren, welche wiederum zulasten der nächsten Generationen gehen.

Als Teil der jüngeren Generation sehe ich nur zwei vertretbare Auswege aus dieser Lage: Erstens sollte das Pensionierungsalter rasch um zwei oder drei Jahre erhöht und danach die Lebensarbeitszeit abhängig von der Lebenserwartung schrittweise angepasst werden. Zweitens sollte die Wirtschaft von Regulationen und Steuern befreit werden, damit das Pro-Kopf-Einkommen wieder deutlich wachsen kann. Dieser Auftrag an die Politik und das Volk ist anspruchsvoll. Aber nichts zu tun oder die AHV mit dem BVG zu verschmelzen sind für heutige und zukünftige Generationen gefährliche Ideen.

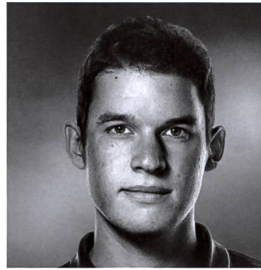
---

**Alexandra Janssen**

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.

## POLITIK FÜR ZYNIKER

## DIE AUSLÄNDER BEZAHLEN LASSEN



Der Politologe Harold Lasswell definierte Politik einst als Streit um eine einzige Frage: Wer bekommt was, wann und wie? Das Grundproblem ist dabei: Es gibt beschränkte Ressourcen, aber zahlreiche Interessen, die darum buhlen. In der kurzen Frist bedeuten

etwa höhere Bildungsausgaben tiefere Ausgaben für anderes (oder höhere Schulden auf Kosten künftiger Generationen).

Doch die Akteure haben einen Trick entdeckt, mit dem man das Dilemma vermeintlich umgehen kann: Man lässt das Ausland die Kosten tragen. Von einer solchen Lösung lassen sich Politiker leicht überzeugen, schliesslich müssen sie nicht im Ausland wiedergewählt werden. Ein Beispiel gefällig? Jüngst hat das Schweizer Parlament eine «Lex Netflix» beschlossen: Das Gesetz verpflichtet Streaming-Anbieter und Anbieter von Werbefenstern dazu, 4 Prozent ihres hiesigen Umsatzes in Schweizer Filme und Serien zu investieren. 18 Millionen Franken pro Jahr sollen so in die heimische Produktion fliessen.

Nun erhält die Schweizer Filmbranche schon heute 150 Millionen Franken an staatlicher Förderung. Die Subventionen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, und doch sind grosse Publikumserfolge eine Seltenheit geblieben. Angesichts dessen könnte man die Frage stellen, ob das Problem der Schweizer Filmindustrie wirklich fehlendes Geld sei.

Oder aber man holt sich noch mehr Geld dort, wo es fliesst: bei Netflix, Disney+ und Co. Der Schweizer Film profitiert, ausländische Konzerne bezahlen – die perfekte Lösung!

Das Kunststück vorgemacht hat die Casinobranche: Mit dem 2018 beschlossenen Geldspielgesetz sicherte sie sich rund 250 Millionen Franken Zusatzeinnahmen durch Onlinespiele, indem ausländische Konkurrenten vom Schweizer Markt ausgeschlossen wurden. Das Versprechen damals: Es gibt mehr Geld für die AHV und einen besseren Spielerschutz. Wer kann da dagegen sein?

Das Problem solcher Lösungen ist, dass sie oft versteckte Kosten haben. Netflix wird die Investitionen in den Schweizer Film lieber via teurere Abos auf seine Kunden abwälzen als von der eigenen Gewinnmarge abziehen. Die Kunden werden das auf der Abrechnung weniger gut merken als die Filmbranche in ihren Kassen.

---

**Lukas Leuzinger**

ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.